

Rechtsgutachten

GSW GLOBAL CONSULT INC.

CEO Giuliano S. Wildhaber
Legal Advisor
www.gsw-global-consult.com

Representative Office:

CH-9606 Bütschwil SG, P.O. Box 118
Tel.: +41 76 690 12 13
Email: info@gsw-global-consult.com

Schadenersatzklage in den USA aufgrund des ATCA

In der Causa:

Volksinitiative - Sperrfristenbeschluss und Rückwirkungsverbot

Vom 04.12 1988 (Stadt / Land Initiative) und Dekret vom 06.10.1989 (Sperrfristenbeschluss)

Nachzulesen in unserem separaten Rechtsgutachten vom 21.12.2016

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage	02
2.	Definition des ATCA	03
3.	Historischer Kontext des ATCA	03
4.	Prozessvoraussetzungen und Zulässigkeit des ATCA	05
5.	Aktivlegitimation: Kläger aufgrund des ATCA	05
6.	Passivlegitimation: Staaten oder Private als Schädiger	06
7.	Verantwortlichkeiten: Politiker als Schädiger des Staates	08
8.	Materiell-rechtliche Funktion des ATCA	08
9.	Schlussfolgerungen	09
10.	Ergebnisse	09
11.	Gutachter-Urteil	10
12.	Quellenachweise	12

Rechtsgutachten

Schadenersatzklage in den USA aufgrund des ATCA

In der Causa:

Volksinitiative - Sperrfristenbeschluss und Rückwirkungsverbot

Vom 04.12.1988 (Stadt / Land Initiative) und Dekret vom 06.10.1989 (Sperrfristenbeschluss)

Nachzulesen in unserem separaten Rechtsgutachten vom 21.01.2017

1. Ausgangslage

Am 04.12.1988 scheiterte die aus dem sozialistischen Werkzeugkasten gebastelte «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation», die mit Zwangsvorschriften und prohibitiven Steuern in den Wohn- und Bodenmarkt eingreifen wollte. Diese Initiative wurde mit 70% Nein-Stimmen klar abgelehnt und das sowohl von Volk, als auch von Ständen. Bei dieser Gelegenheit wurde vielen Rufern nach dem starken Staat immerhin bewusst, dass sie ja selbst zu den Profiteuren des relativ freien Handels gehören, dass sie sich in ihren hübschen Eigenheimchen bereits wohlig und günstig eingerichtet haben oder dass sie in Erwartung einer solchen Erbschaft leben. Bei den effektiven Grund-Eigentümern war die Ablehnungsquote bei 81% - 83% (siehe dazu die „gsv-Studie Stadt / Land Initiative“).

Am 06.10.1889 (also knapp 9 Monate später) erliess dann der Bundsrat den dringlichen Sperrfristbeschluss zum genau gleichen Thema zu 100% entgegen dem Volkswillen. Das war und ist noch, gemäss der Schweizerischen Bundesverfassung, aber absolut verboten.

Der Vorstand der GSW Global Consult Inc. hat mich beauftragt, zur Frage Stellung zu nehmen, wie sich die die Nichtdurchsetzung dieser «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» vom 04.12.1988 zum dringlichen Bundesbeschluss vom 06.10.1989 verhält, mit dem wohlgernekt 180° diametral entgegen dem vom Wähler gesetzten Resultat vom 04.12.1988. Insbesondere wie sich dieser dringliche Bundesbeschluss vom 06.10.1989 mit dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot und Willkürverbot verhält und sich mit der per Verfassung garantierten Eigentumsgarantie, der Gewerbefreiheit, dem Grundsatz von Treu & Glauben verhält und vereinbaren lässt.

Denn darin würde über Nacht jedem Hauseigentümer per Gesetz verboten, seine eigene Immobilie zu verkaufen, ohne eine 5 Jahres-Verkaufs-Sperrfrist einzuhalten. Aufgrund des Int. Rechtsstaatsprinzip sind Wirkungen für einen vor ihrem Erlass abgeschlossenen Sachverhalt aber verboten.

Insbesondere ist darum ist die Rechtsfrage zu klären, inwieweit eine Schadenersatzklage in den USA unter dem ATCA („aliens tort claim act“) angebracht und durchsetzbar ist.

Rechtsgutachten

2. Definition des ATCA

Der US-amerikanische Alien Tort Statute, kurz ATS, oder Alien Tort Claims Act (etwa: Gesetz zur Regelung von ausländischen Ansprüchen), kurz ATCA, legt fest, dass Ansprüche, die sich auf das US-amerikanische Zivilrecht stützen, vor US-amerikanischen Gerichten verhandelt und erklagt werden können, auch wenn die Beteiligten nicht US-amerikanischer Nationalität sind und die Ereignisse, die die Anspruchsgrundlage darstellen, nicht auf US-Boden stattgefunden haben. **Allerdings gilt das ausdrücklich nur für Verstöße gegen das Völkerrecht** oder gegen einen Staatsvertrag, bei dem die USA einer der Vertragspartner sind.

Der englische Originaltext lautet:

“The district courts shall have original jurisdiction of any civil action by an alien for a tort only, committed in violation of the law of nations or a treaty of the United States.”

„Nur die Bundesbezirksgerichte sollen erstinstanzlich zuständig für jede Zivilklage von einem Ausländer in einem Schadensfall sein, welcher durch Verstoß des Gesetzes der Nationen oder einem Abkommen der Vereinigten Staaten begangen wurde.“ Dadurch, dass weder Ort noch Beteiligte eine Beziehung zu den USA haben müssen, ist es aufgrund des ATCA in der Theorie möglich, jeglichen zivilen Schadensfall in irgendeinem Land der Welt vor einem US-amerikanischen Gericht zu verhandeln bzw. jegliche Zivilklage statt vor ein lokales Gericht vor ein US-Gericht zu bringen, sofern ein Verstoß gegen das Völkerrecht oder gegen internationale Verträge vorliegt oder zumindest erfolgreich konstruiert wird.

3. Historischer Kontext des ATCA

1. Erste Phase: 1780 - 1980

In den ersten zweihundert Jahren seines Bestehens vertrat man die Meinung, dass Individuen aufgrund von Völkerrechtsverletzungen weder klagen noch geklagt werden konnten, da es sich beim Völkerrecht um eine Angelegenheit handle, welche nur die Staaten selbst etwas angehe.⁴¹ Folglich kam es auch nur vereinzelt zu Klagen aufgrund des ATCA; im Zeitraum zwischen 1789 und 1980 finden sich gerade einmal 21 Fälle, die tatsächlich vor Gericht entschieden wurden.⁴²

2. Zweite Phase: 1980 – 1996

Diese spärliche Berufung auf den ATCA sollte sich in der zweiten Phase seiner Entwicklung drastisch ins Gegenteil verkehren. Nach der „Wiederentdeckung“ des Gesetzes im Jahre 1980 kam es im Fall *Filártiga v. Peña-Irala* zu einer Grundsatzentscheidung, die zu einer noch nie

Rechtsgutachten

dagewesenen Inanspruchnahme des ATCA in Form von Zivilrechtsklagen durch ausländische Opfer von Menschenrechtsverletzungen führen sollte.⁴³

Der Filártiga-Fall wurde zunächst vom erstinstanzlichen Gericht zurückgewiesen. Nach einem Schriftsatz durch die Carter-Administration, welche aufgrund befürchteter außenpolitische Spannungen eine Behandlung des Falles forderte⁴⁴, gab jedoch ein New Yorker Bundesgericht der Klage des paraguayischen Staatsangehörigen Filártiga statt. Dieser machte geltend, sein Landsmann Peña-Irala, ein ehemaliger Sicherheitsbeamter, habe ihn in Paraguay gefoltert. Der Beklagte wurde schließlich schuldig gesprochen und dann auch zu Schadenersatzleistungen in Höhe von zehn Millionen Dollar verurteilt.⁴⁵

Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt vor allem darin, dass sie eine Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung repräsentiert, dass

1. die **Menschenrechtsverletzung**, welche ein Staat gegenüber eigenen Staatsangehörigen begeht, keine innere Angelegenheit darstellt; ferner, dass
2. das **Völkerrecht** in bestimmten Fällen auch den Einzelnen unmittelbar berechtigt und verpflichtet; sowie, dass
3. bestimmte schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen **auch dann in den USA geahndet werden können, wenn der jeweilige Fall keine Bezüge zu den USA aufweist.**⁴⁶

3. Dritte Phase: 1996 – heute

Ende der 1990er-Jahre trat die Rechtsprechung zum ATCA in die bislang letzte Phase ihrer Entwicklung. 1996 wurde mit der Unocal (Union Oil Company of California) erstmals ein multinationales bzw transnationales Unternehmen (im Folgenden: TNC)⁶³ auf Grundlage des ATCA verklagt.⁶⁴ Die Kläger argumentierten, dass Unocal beim Bau einer Pipeline in Burma (dem heutigen Myanmar) das dortige Militär beauftragte, um gewisse Teile des Projekts durchzuführen. Einige Militäreinheiten bedienten sich extremer Methoden und vertrieben entweder Teile der dort lebenden Bevölkerung oder setzten sie zur Zwangsarbeit ein – mit schweigendem Einverständnis der Unocal. Die Kläger argumentierten, dass das Unternehmen als stiller Beitragsschädiger für die Taten des Militärs auch haftbar sei.⁶⁵

Ähnliche Sammelklagen wurden auch von ehemaligen NS-Zwangsarbeitern gegen deutsche bzw österreichische Unternehmen eingebracht.⁶⁶ Mit diesen zahlreichen Klagen gegen TNCs ging in den letzten Jahren der Versuch einher, den Kreis der über den ATCA einklagbaren Delikte auf insbesondere umwelt-, frauen- und arbeitsrechtsspezifische Delikte auszudehnen.

Diesen Klagen war bisher kein Erfolg beschieden, weil die fraglichen Delikte nicht dem Völkergewohnheitsrecht zugeordnet werden konnten.⁶⁷ = Ungeschriebenes Völkerrecht, das durch die Praxis, mit Überzeugung der rechtlichen Verbindlichkeit der Norm, dazu wird.

Rechtsgutachten

4. Prozessvoraussetzungen und Zulässigkeit des ATCA

Dem Kläger, der sich auf den ATCA zur Durchsetzung seines Rechts stützen will, stehen einige Hürden sowohl des Völkerrechts als auch des US-amerikanischen Rechts entgegen, bis er mit seiner Klage überhaupt bei Gericht zugelassen wird. Diese Hürden ergeben sich vor allem aus der laufenden Interpretation des US-Rechts im Zusammenhang mit völkerrechtlichen Prinzipien.¹ Die nächsten Punkte sollen im Überblick zeigen, welche prozessualen Vorfragen zu klären sind, um mit einer ATCA-Klage Erfolg zu haben.

5. Aktivlegitimation: Kläger aufgrund des ATCA

Aufgrund seiner kryptischen Kürze und des beinahe zweihundert Jahre dauernden „Ruhens“ des ATCA muss man zuallererst die Frage stellen, wer als Kläger nach dieser Norm überhaupt in Frage kommen kann. Nach dem exakten Wortlaut des Gesetzes nehmen sich Gerichte eines Falles an, wenn es sich um „**any civil action by an alien for a tort only**“ handelt.

Grundsätzlich jedoch ist die materiell-rechtliche Frage der Sachlegitimation, das heisst die Frage, ob der behauptete Anspruch dem Kläger gegen den Beklagten tatsächlich zusteht, ohne Bedeutung für das Prozessrecht und damit die Parteistellung des Klägers, **denn gerade der Prozess soll diese Frage ja erst klären.**

Steht der Anspruch gegen den Beklagten nicht dem Kläger, sondern einer anderen Person zu, so spricht man von fehlender Aktivlegitimation; hat der Kläger zwar einen Anspruch, aber nicht gegen den Beklagten, sondern gegen jemand anderen, so mangelt es an der Passivlegitimation. Sollte der Richter zu dem Schluss kommen, dass eine der beiden Parteien hinsichtlich des geltend gemachten Anspruchs nicht legitimiert ist, wird die Klage als unbegründet abgewiesen.²

Dennoch muss der Kläger in seiner Person gewisse Voraussetzungen erfüllen, um mit seiner Klage bei Gericht zugelassen zu werden. **Die wichtigste Eigenschaft des Klägers ist, dass er – wie aus der grammatischen und teleologischen Interpretation des ATCA explizit hervorgeht – kein US-Bürger, sondern ein „alien“ oder „foreigner“³ ist, womit es sich bei ATCA-Klagen folglich immer um „wrongs committed [...] against foreigners“⁴ handelt.** Staatsbürger der Vereinigten Staaten können sich somit nicht auf diese Norm stützen⁵ – im Gegensatz zum TVPA, der auch US-Bürgern eine Klagemöglichkeit einräumt.

Ebenso geht aus dem Wortlaut des Gesetzes hervor, dass Kläger nur zivilrechtliche Klagen aufgrund von Schadenersatzansprüchen gegen mögliche Schädiger richten können („civil actions [...] for a tort only“) - und keine strafrechtliche Verfolgung nach nationalem Recht oder Völkerrecht durchgeführt wird. Dementsprechend müssen die

Rechtsgutachten

entsprechenden Formvorschriften des US-amerikanischen Zivilprozessrechts nach den Federal Rules of Civil Procedure (FRCP)⁶ eingehalten werden.

Zusammenfassend kann man – wie bereits zuvor in Kapitel 05. erläutert – von einer gültigen Aktivlegitimation ausgehen, wenn „(1) a foreigner (alien) sues (2) for any tort (3) committed in violation of international law“⁷. Kritische Stimmen weisen seit der Entscheidung im Fall *Filártiga* jedoch auf die eingeschränkten tatsächlichen Klagemöglichkeiten hin, **welche nur jenem kleinen Kreis an Geschädigten zur Verfügung stehen, die in der Lage sind, ihre Schädiger zu identifizieren und auch zu verklagen, sollten diese nicht durch ihre Immunität geschützt und gleichzeitig rechtlich dazu fähig sein, Völkerrecht zu verletzen.**⁸

Wie man aus der weitgehend nicht vorhandenen Literatur zu diesem Punkt schließen kann, **sehen Rechtsprechung und Lehre in der Person des Klägers und damit der Aktivlegitimation prinzipiell keine großen Schwierigkeiten – vielleicht auch deshalb, weil die Geschädigten in ATCA-Fällen faktisch und rechtlich viel leichter zu identifizieren sind** als jene Akteure, welche die rechtswidrige Tat gesetzt haben und infolgedessen in einem möglichen Prozess passiv legitimiert sind.

6. Passivlegitimation: Staaten oder Private als Schädiger

a) „State Actor“ - Fälle

Innerhalb dieser ersten Fallkategorie haben Betroffene sogenannte „State Actors“, das heisst ausländische Regierungen, Regierungsbeamte oder Staaten selbst, verklagt, weil eine Tathandlung dieser Akteure Völkerrecht verletzt hat.⁹

Eine der ersten Klagen aufgrund der genannten Bestimmungen des FSIA und des AEDPA erhob der Jurist Stephen Flatow gegen den Iran, den er für den Tod seiner Tochter in Israel durch einen Selbstmordattentäter verantwortlich machte, weil das Land Attentäter angeblich mit Waffen versorgte.

1998 sprach das Gericht erster Instanz¹⁶ Flatow 250 Millionen Dollar Schadenersatz zu, die zweite Instanz¹⁷ jedoch entschied, dass Flatow auf im Zusammenhang mit den Teheraner Geiseln im Jahre 1979 beschlagnahmtes iranisches Vermögen nicht zugreifen könne.¹⁸ Grund dafür war eine Intervention der Clinton-Administration durch das State Department, um eine weitere Verschärfung der Spannungen zum Iran zu vermeiden.¹⁹

Zusätzlich zu den Hürden des FSIA beriefen sich beklagte state actors auf zwei weitere Theorien, um Klagen gegen sie zu verhindern, und zwar die „Act of State“ - und „Political question“ - Doktrin.

Rechtsgutachten

b) Die „Act of State“ - Doktrin

Das in Art 2 Abs 1 UN-Charta kodifizierte Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts in ähnlicher Weise in der anglo-amerikanischen Rechtspraxis im Rahmen der sogenannten „act of state“-Doktrin entwickelt. **Völkerrechtlich ergibt sich somit, dass es unter gleichberechtigten Staaten keinen Vorrang hoheitlicher Befugnisse geben kann und sich kein Staat anmaßen darf, über Hoheitsakte eines anderen Staates zu Gericht zu sitzen (par in parem non habet imperium).**²⁴

Folglich sollten Kläger, die sich an US-Gerichte wenden, beachten, dass diese Gerichte die „act of state“ - Doktrin anwenden werden, „to preclude [...] the courts of [the United States] from inquiring into the validity of the public acts [of] a recognized foreign sovereign power committed within its territory.“²⁵ Historisch betrachtet dient die Doktrin daher der Vermeidung internationaler Spannungen und ist damit gewissermaßen ein „Rechtsmittel“, das völlig dem Ermessen der Behörden unterliegt.²⁶ Die Argumentation der Exekutive ist, dass ein Gerichtsurteil, das die Handlung einer ausländischen Regierung verurteilt, „may hinder rather than further this country’s pursuit of goals.“²⁷

Ein Eingreifen der Exekutive in den Bereich der Judikative, um Konfrontationen mit anderen Staaten auszuweichen, wird jedoch als höchst bedenklich für eine effektive Gewaltenteilung gesehen.

Wenn das betroffene Gericht prüft, ob die Doktrin tatsächlich angewendet wird, dann sollte es ebenso prüfen, **ob der ausländische Souverän auch im allgemeinen Interesse seines Heimatstaates gehandelt hat, weil bloße wirtschaftliche Tätigkeiten werden wohl weniger wahrscheinlich unter die „Act of State“ - Doktrin subsumiert werden als ein Hoheitsakt.**

Denn die Staatenpraxis erkennt den Umfang der Staatenimmunität nur in einem sachlich begrenzten Rahmen an, wobei sie zwischen fremden Hoheitsakten („acta iure imperii“) und dem nichtstaatlichen (also zum Beispiel wirtschaftlichen) Handeln eines fremden Staates („acta iure gestionis“) unterscheidet.²⁹

Damit ist klar, dass die Doktrin kein Schutzschild für illegale Aktivitäten darstellen kann. Eine Handlung eines Beamten oder Politikers, welche die Rechtsordnung seines Heimatstaates (im Bezug auf die Bundesverfassung) oder das Völkerrecht verletzt (s. z.B. die Eigentumsrechte usw.), ist kein „Act of State“, also kein Hoheitsakt:

a) **entweder a priori, weil die Handlung per se illegal ist (in casu 100% diametral gegen den Souverän, nämlich das Schweizer Volk im Volksentscheid NEIN vom 04.12.1988);**

b) **oder a fortiori, wenn man die „act of state“ - Doktrin als einen uneingeschränkten Auswuchs des internationalen Einvernehmens interpretiert.**³⁰

Rechtsgutachten

c) Die „Political Question“ - Doktrin

Diese Doktrin ist seit der Entscheidung im Fall *Luther v. Borden* 31 Teil des US-amerikanischen Rechts und stellt damit eine weitere prozessuale Hürde von ATCA-Klägern auf ihrem Weg zu einem gerichtlichen Urteil dar. Eine „politische Frage“ ergibt sich in der Regel dann, wenn eine Klage die Handlungen und Tätigkeitsbereiche der anderen Staatsgewalten zu berühren droht³², **woraufhin das angerufene Gericht entscheiden muss, ob die betroffenen Staatsgewalten (Schweiz) im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen gehandelt haben.** Sollte dies der Fall sein, so ist das Gericht nicht befugt, den entscheidungserheblichen Sachverhalt, welcher der Handlung der jeweiligen Staatsgewalt zugrundeliegt, zu überprüfen.³³ Der Gebrauch der „political question“ - Doktrin bei Prozessen zu Menschenrechtsverletzungen wird zunehmend gebräuchlicher.

7. Verantwortlichkeiten: Politiker als Schädiger des Staates

„Private actor“ - Fälle: Individuen als Schädiger in Ihren Funktionen als z.B. Politiker. Wie sich im vorigen Abschnitt herausgestellt hat, handelt es sich bei den prozessualen Hürden, die sich aus der „Act of state“ - und „Political question“ - Doktrin ergeben, um nur schwer zu überwindende Hindernisse. Daher haben Kläger im Weiteren ihre auf den ATCA gegründeten Klagen hauptsächlich gegen „private actors“, also Individuen und transnational agierende Unternehmen (TNCs), gerichtet.⁴⁶

Im Fall *Polk County v. Dodson* 55 hat der Supreme Court festgestellt, dass, wenn eine Person für den Staat oder an seiner Stelle gehandelt hat, diese Person gewissermaßen eine staatliche Funktion innehatte, was zur Folge hat, dass seine Handlungen nun tatsächlich als staatliche Handlungen „under color of law“ betrachtet werden.⁵⁶

Das Ergebnis dieser Theorie ist, als dass private Akteure gleichermaßen wie staatliche Akteure (Politiker) zur Verantwortung gezogen werden können. In juristischer Terminologie sind sie somit „Joint Actors“ des Staates und für Handlungen haftbar, die normalerweise einen Konnex zu einer „State Action“ benötigen, um die Voraussetzungen einer ATCA-Klage zu erfüllen.⁵⁷

8. Materiell-rechtliche Funktion des ATCA

Damit ergibt sich zum zweiten eine „Cause of Action“, also eine **materiell-rechtliche Funktion des ATCA**, welche dann gegeben ist, wenn (1) ein Ausländer, das heisst Nicht-US-Bürger, (2) aufgrund eines Schadens klagt, der sich (3) aus einer Völkerrechtsverletzung

Rechtsgutachten

ergibt. 32 Im Filártiga -Urteil findet man als Beispiel für eine materiell-rechtliche Anspruchsgrundlage z.B. das allgemeine Folterverbot:

„In light of the universal condemnation of torture in numerous international agreements, and the renunciation of torture as an instrument of official policy by virtually all of the nations of the world (in principle if not in practice), we find that an act of torture committed by a state official against one held in detention violates established norms of the international law of human rights, and hence the law of nations.“³³

9. Schlussfolgerungen

Im Sinne des Völkerrechts ist jeder Staat gehalten, keine Zuständigkeiten für Streitigkeiten, die keinen Bezug zum jeweiligen Staat haben, zu „usurpieren“ – doch gerade dies lässt der ATCA zu.¹³ Damit stellt die Durchbrechung des Prinzips „actor sequitur forum rei“¹⁴ ein wesentliches Element des amerikanischen Zuständigkeitsdenkens dar.

10. Ergebnisse

Diese Zuständigkeitszuweisung ist im Weiteren – unabhängig von möglichen völkerrechtlichen Problemen – deshalb von großer Bedeutung, weil die gesamte Gerichtsbarkeit der USA zwischen der Gerichtsbarkeit des Bundes (der sogenannten federal judicial power gem Art III der Verfassung) und der Gerichtsbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aufgeteilt ist. Der ATCA fällt nach seinem klaren Wortlaut eindeutig in die Zuständigkeit der Bundesgerichte, welche einen kompletten eigenständigen Gerichtszug darstellen und nicht den einzelstaatlichen Gerichten als Rechtsmittelinstanzen übergeordnet sind.¹⁷

Aus dem Wortlaut des ATCA Gesetzes geht somit klar hervor, dass Kläger nur zivilrechtliche Klagen aufgrund von Schadenersatzansprüchen gegen mögliche Schädiger richten können („civil actions [...] for a tort only“) - und keine strafrechtliche Verfolgung nach nationalem Recht oder Völkerrecht durchgeführt wird.

Womit der Verfassungsbruch vom 0.6.10.1989 (Sperrfristenbeschluss) und das „politische Unrechts-Urteil“ versus den „Kaufmann X“ (s. Rechtsgutachten). eingeklagt werden können (s. Rechtsgutachten), aber nur im Bezug auf **Schadenersatzansprüche** und nicht strafrechtlich.

Die Geschädigten vom Dekret vom 06.10.1989 (ein Verfassungsbruch) und **Kaufmann X**“ gehören somit zum kleinen Kreis, die noch in der Lage sind, ihre Schädiger und das schädigende Momentum eindeutig zu identifizieren und damit auch zu verklagen, denn die Akten liegen auch nach 27 Jahren noch öffentlich auf (Dekret vom 06.10.1989) und die

Rechtsgutachten

Verjährungsfrist wurde diesbezüglich rechtsgültig Ende 2016 mittels einer Betreuung über 300 M\$ unterbrochen.

Gemäss ATCA Rechtsprechung und Lehre kann man bei den allfälligen Klägern in casu auch klar von einer gültigen Aktivlegitimation ausgehen. Erfüllt sind „(1) a foreigner (alien) sues (2) for any tort (3) committed in violation of international law“.⁷

Wenn das betroffene Gericht prüft, ob die „Act of State“ - Doktrin tatsächlich angewendet wird, dann wird es ebenso prüfen müssen, ob der ausländische Souverän (in der Schweiz effektiv das Volk) im allgemeinen Interesse seines Heimatstaates gehandelt hat. Was klar verneint werden kann. **Ein völlig widersinniges Dekret und gegen jede ökonomische Logik (s. eine zusätzlich provozierte Marktverknappung der „Ware“ Immobilie).**

11. Gutachter-Urteil

Aus historischer Sicht war dieser einsame Entscheid (06.10.1989) am Volkswillen vorbei (04.12.1988) verheerend für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft. Und entgegen jeder ökonomischen Logik. **Denn keine künstliche Verknappung der „Ware“ Immobilie, die Branche stand daraufhin praktisch für 10 Jahre still, sondern nur die Erweiterung des Wohnungsangebots, also bauen und das am besten vedichtet, hätte das Problem per se innert kürzester Frist gelöst.**

Da hätte man den Hebel ansetzen müssen und sicherlich nicht mittels völlig weltfremden und gesetzes- und verfassungswidrigen, eigenmächtigen Dekreten, eine ganze Schweizer Volkswirtschaft an die Wand fahren. Die Zahlen & Fakten belegen diese Aussagen leider zu 100% und das liquide, da alle Infos öffentlich zugänglich sind.

Damit wird bereits klar, dass die Doktrin kein Schutzschild für illegale Aktivitäten darstellen kann. Eine Handlung eines Beamten oder Politikers (Dekret vom 06.10.1998), welche die Rechtsordnung seines Heimatstaates oder das Völkerrecht verletzt (der eindeutige Volkswille vom 04.12.1988), **ist kein „Act of State“, also kein Hoheitsakt.**³⁰

Erklärung

Da fand am 06.10.1989 (Sperrfristenbeschluss) eine klassische „kalte Enteignung“ durch die „Hintertüre“ statt (s. die 100%-ige Negation des Volkswillen bei der „Stadt / Land Initiative“ (04.12.1988), und das nur 9 Monate nachher). Im Resultate aber gleich wie bei den Enteignungen durch das „Nazi-Regime“ und den z.B. „DDR-Kommunisten“ nur sehr viel eleganter, auf typisch Schweizerische Art & Weise.

Rechtsgutachten

Angenommen man würde Morgen, den 01.01.2017 ein gleiches Dekret „über Nacht“ und „rückwirkend“ in Bern erlassen und parallel dazu noch die Hypothekarzinsen auf 8.50 % erhöhen, dann wären wir wieder genau gleich weit wie im 1989. Die „ganze“ Schweiz würde dann ein 2. mal pleite gehen.

Das ist und war effektiv voraussehbar (simple, pure Logik), was beweist, dass nicht die Spekulation (der offizielle „casus belli“), sondern auf typisch schweizerische Art (sehr subtil) die Enteignung der halben Schweiz das Ziel gewesen war. Was ja dann gelungen ist.

Die Opfer dieser rechts- und verfassungswidrigen Politik, die nunmehr klagen, sind daher, gemäss der EMRK Art. 59 GG i.V.m. dem ersten Zusatzprotokoll und der Schweizer Bundesverfassung Art. 146 Staatshaftung, in vollem Umfange und grosszügig zu entschädigen.

Das rückwirkend auf die letzten 27 Jahre. Der Verlust von Status und Lebensqualität für einen so langen Lebensabschnitt, also mehr als das halbe durchschnittliche Berufsleben, zusammen mit einem faktischen Berufsverbot für Leute in der Bau- und Immobilienbranche, spricht klar für eine grosszügige Entschädigung.

Ich empfehle daher den Geschädigten, also den Opfern, welche die Verjährung per 31.12.2016 (Dead Line) noch rechtsgültig unterbrochen haben (mittels einer Betreuung), **dringend in den USA eine Schadensersatzklage anzuheben unter dem Rechtstitel „Aliens Tort Claim Act“.**

CH-9606 Bütschwil SG, 11. Januar 2017



GSW Global Consult Inc.
Real Estate - BG SBLC BD BOND

Giuliano S. Wildhaber (Legal Advsiior)

Rechtsgutachten

12. Quellenachweise:

A Buchauszug - <http://www.grin.com/de/e-book/137794/der-us-alien-tort-claims-act-im-system-voelkerrechtlicher-rechtsdurchsetzung>

B ATCA – Deutsch - https://de.wikipedia.org/wiki/Alien_Tort_Claims_Act

C ATAC – English - https://en.wikipedia.org/wiki/Alien_Tort_Statute

D Völkergewohnheitsrecht - <https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerrecht>

1 Anne-Marie Slaughter/David Bosco, Plaintiff's Diplomacy, in: Foreign Affairs Vol. 79 (2000) No. 5, 102.

2 Vgl. Claudia T. Salazar, Applying International Human Rights Norms in the United States: Holding Multinational Corporations Accountable in the United States for International Human Rights Violations under the Alien Tort Claims Act, in: JLC, Vol. 19, 1 (2004), 111.

1 Vgl. Wallace Mendelson, The Judiciary Act of 1789: The formal origin of federal judicial review, in: AJS Judicature 76 (1992), 133.

2 Vgl. C. Warren, New Light on the History of the Federal Judicial Act of 1789, in: HLR 37 (1923), 49.

3 1 Stat. 73, kodifiziert in 28 U.S.C.

4 Vgl. Karen O'Connor/Larry J. Sabato, American Government. Continuity and Change, 2008, 353.

5 Vgl. William H. Rehnquist, The Supreme Court, 2002 (Revised and Updated), 8. Heute wird der U.S. Supreme Court von neun Richtern gebildet.

6 Vgl. William E. Nelson, Marbury v. Madison, The Origins and Legacy of Judicial Review, 2000, 56.

7 28 U.S.C. § 1350.

8 So zB im Supreme Court -Urteil *Sosa v. Alvarez-Machain*, 542 U.S. 692 (2004).

9 Vgl. William R. Casto, The Federal Courts' Protective Jurisdiction over Torts Committed in Violation of the Law of Nations, in: ConnLR Vol. 18 (1986), 467 und auch ausführlicher die erste Phase der Entwicklung der ATCA-Rechtsprechung in Kapitel A.III.1.

Rechtsgutachten

10 Vgl. Gary Clyde Hufbauer/ Nicholas K. Mitrokostas, *Awakening Monster: The Alien Tort Statute of 1789*, *Policy Analyses in International Economics*, Vol. 70 (2003), 3.

11 Vgl. Peter Little, *What are the Consequences of the Alien Tort Claims Act (US) on Mining and Petroleum Corporations operating in Third World States in the Asian Pacific Region?*, in: *ARELJ* Vol. 22 (2003), 211.

12 Die Annahme, dass der ATCA explizit materiell-rechtliche Anspruchsgrundlagen enthält, ist strittig. Vgl. dazu vor allem Kapitel C.

13 Vgl. Rolf A. Schütze, *Ausgewählte Probleme des internationalen Zivilprozessrechts*, 2006, 28.

14 Vgl. zB Walter H. Rechberger/Daphne-Ariane Simotta, *Zivilprozessrecht*, 20036, Rn. 109: „Beim allgemeinen Gerichtsstand des Beklagten [...], der sich bei physischen Personen nach deren Wohnsitz bzw gewöhnlichen Aufenthalt richtet [...], können im Zweifel alle Klagen anhängig gemacht werden, für die es keinen ausschließlichen Gerichtsstand gibt (actor sequitur forum rei).“

15 Art 14 Code Civil: „L'étranger, meme non residant en France, pourra être cité devant les tribunaux français, pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être traduit devant les tribunaux de France, pour les obligations par lui contractées en pays étranger envers des Français.“

16 Vgl. Rolf A. Schütze, *Die Allzuständigkeit amerikanischer Gerichte*, in: *SJGB* 173 (2003), 19.

17 Vgl. Peter Hay, *US-Amerikanisches Recht*, 20022, Rn 105.

18 Vgl. Curtis A. Bradley, *Customary International Law and Private Rights of Action*, in: *CJIL* Vol. 1 (2000) No. 2, 422.

19 *Forti v. Suarez Mason* (“Forti I”), 672 F. Supp. 1531, 1540 (N.D. Cal. 1987). Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 77.

20 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 8.

21 Vgl. Theo Öhlinger, *Verfassungsrecht*, 20035, Rn. 275.

22 *Tel-Oren v. Libyan Arab Republic*, 726 F.2d 774 (D.C. Cir. 1984).

23 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 3.

Rechtsgutachten

24 Vgl. John R. Bolton, Is There Really “Law” in International Affairs?, in: TLCP 10 (2000), 6f.

25 Vgl. Claudia Hailer, Die US-amerikanische Human Rights Litigation nach der Entscheidung des Supreme Court im Fall *Sosa v. Alvarez-Machain*, in: AVR Bd. 44 (2006), 77, Fn 8.

26 Vgl. David Sloss, The Domestication of International Human Rights: Non-self-executing Declaration and Human Rights Treaties, in: YJIL Vol. 24 (1999), 129.

27 *Filártiga v. Peña-Irala*, 630 F. 2d 876 (2d Cir. 1980).

28 So Richter Robert H. Bork in *Tel-Oren v. Libyan Arab Republic*, *ibid.*, 811. Vgl. auch *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 3.

29 Vgl. Hailer, *ibid.*, 77.

30 Vgl. *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 4.

31 John F. Murphy, *The United States and the Rule of Law in International Affairs*, 2004, 99.

32 Vgl. *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 4.

33 *Filártiga v. Peña-Irala*, *ibid.*

34 Vgl. *Xuncax v. Gramajo*, 886 F.Supp. 183 (D. Mass. 1995).

35 Vgl. Jordan J. Paust, *The History, Nature and Reach of the Alien Tort Claims Act*, in: *FJIL* Vol. 16, (2004) No. 2, 249.

36 Vgl. David A. Carson, *The Role of Congress in the Acquisition of the Louisiana Territory*, in: *Louisiana History* Vol. 26 (1985) No. 4, 369f.

37 Vgl. Anthony D’Amato, *The Alien Tort Statute and the Founding of the Constitution*, in: *AJIL* Vol. 82 (1998), 64.

38 Alexander Hamilton, *The Federalist* No. 80, 1788.

39 Vgl. Hailer, *ibid.*, 79.

40 Vgl.

Rechtsgutachten

Marcus Rau, Domestic Adjudication of International Human Rights Abuses and the Doctrine of Forum Non Conveniens. The Decision of the U.S. Court of Appeals for the Second Circuit in *Ken Wiwa v. Royal Dutch Petroleum Company*, in: *ZaöRV* 61 (2001), 179.

41 Vgl. *Slaughter / Bosco*, *ibid.*, 104.

42 Vgl. Kenneth C. Randall, *Federal Jurisdiction over International Law Claims: Inquiries into the Alien Tort Claims Statute*, in: *New York Univ. JILP* Vol. 18 (1985), 15f.

43 Vgl. J. Romesh Weeramantry, *Time limitation under the United States Alien Tort Claims Act*, in: *RICR/IRRC* Vol. 85, (2003) No. 851, 629.

44 Vgl. *Slaughter/Bosco*, *ibid.*, 104.

45 Vgl. Jens-Christian Gaedtke, *Der US-amerikanische Alien Tort Claims Act und der Fall Doe v. Unocal: Auf dem Weg zu einer Haftung transnationaler Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen?*, in: *AVR* Bd. 42 (2004), 242.

46 Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 79f.

47 Die wichtigsten Fälle, die in der Zeit unmittelbar nach *Filártiga v. Peña-Irala* entschieden wurden, waren vor allem: *Abebe-Jira v. Negewo*, 72 F.3d 844 (11th Cir. 1996); *Kadi é v. Karadži é*, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995); *Xuncax v. Gramajo*, 886 F. Supp. 162 (D. Mass. 1995).

48 Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 80, Fn 20.

49 Vgl. *Presbyterian Church of Sudan v. Talisman Energy, Inc.*, 244 F.Supp. 2d 289 (S.D.N.Y. 2003).

50 Vgl. *Xuncax v. Gramajo*, 886 F. Supp. 162 (D. Mass. 1995).

51 Vgl. *Kadi é v. Karadži é*, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995).

52 Vgl. *Sosa v. Alvarez-Machain*, 542 U.S. 692 (2004).

53 Vgl. *Sinaltrainal v. Coca-Cola Co.*, 256 F.Supp.2d 1345 (S.D. Fla. 2001) und *Carmichael v. United Technologies Corp.*, 835 F.2d 109 (5th Cir. 1988).

54 Vgl. *Villeda v. Fresh Del Monte Produce, Inc.*, 416 F.3d 1242 (11th Cir. 2001).

55 Vgl. *Doe v. Unocal Corp.*, 110 F. Supp. 1294 (C.D. Cal. 2000).

56 Vgl. *Arias et. al. v. DynCorp.*, No. 1-01908 (D.D.C. 2001).

Rechtsgutachten

57 Vgl. Abdullahi v. Pfizer, Inc., U.S. Dist. LEXIS 17436 (S.D.N.Y. 2002).

58 28 U.S.C. §§ 1602–1611.

59 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112, und die Erläuterung der prozessualen Voraussetzungen in Kapitel B.II.1.

60 Kodifiziert als Anmerkung zum ATCA in 28 U.S.C. § 1350.

61 Vgl. Weeramantry, *ibid.*, 630.

62 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 11: Das Gericht hat diese Annahme in *Deutsch v. Turner Corp.*, 317 F.3d 1005 (9th Cir. 2003) bestätigt.

63 Für eine genaue Definition und Begriffsbestimmung vgl. Kapitel B.II.3.

64 Vgl. *Doe v. Unocal Corp.*, 110 F. Supp. 2d 1294 (C.D. Cal. 2000).

65 Vgl. Ronen Shamir, *Between Self-Regulation and the Alien Tort Claims Act: On the Contested Concept of Corporate Social Responsibility*, in: LSR Vol. 38, (2004) No. 4, 639. Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Kapitel C.IV.

66 Vgl. vor allem die Fälle *Iwanowa v. Ford Motor Company*, 67 F. Supp. 2d 424 (D.N.J. 1999); *Burger-Fischer v. Degussa*, 57 F. Supp. 2d 248 (D.N.J. 1999); *In re Austrian and German Bank Holocaust Litigation*, WL 228107 (S.D.N.Y. 2001).

67 Vgl. Hailer, *ibid.*, 81.: Im Fall *Beanal v. Freeport-McMoRan*, 969 F. Supp. 363 (E.D. La. 1997) wurde festgestellt, dass Umweltverschmutzung kein Delikt des „kulturellen“ Genozids ist; *Doe v. The Gap*, CV-01-0031-919 (2001), stellte klar, dass das Verbot der geschlechtsspezifischen Gewalt nicht Teil des Völkergewohnheitsrechts ist; nach *Tachiona v. Mugabe*, 169 F. Supp. 2d 259, 310 (S.D.N.Y. 2001) ist das Recht auf Vereinigungsfreiheit kein Teil des Völkergewohnheitsrechts.

1 Vgl. Eric Engle, *The Torture Victim’s Protection Act, the Alien Tort Claims Act, and Foucault’s Archaeology of Knowledge*, in: *AlbLR* Vol. 67 (2003), 504.

2 Vgl. Rechberger/Simotta, *ibid.*, Rn 161.

3 Vgl. 8 U.S.C. § 1101 (a)(3): „The term ‘alien’ means any person not a citizen or a national of the United States.” Vgl. auch Helen Keller, *Rezeption des Völkerrechts*, 2003, 400.

4 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 3.

5 Vgl. Engle, *ibid.*, 503.

Rechtsgutachten

6 Die FRCP wurden zuletzt mit 1. Dezember 2007 novelliert.

7 Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 4.

8 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 106.

9 Vgl. Salazar, *ibid.*, 130 und Keller, *ibid.*, 401.

10 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 5.

11 Pub. L. No. 104-132, 110 Stat. 1214.

12 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 5, Fn 4. Diese Liste der “state sponsors of terrorism” findet man in Sect 6 (j) des Export Administration Act von 1979 in der jeweils gültigen Fassung (P.L. 96-72; 50 U.S.C. app. 2405 (j)).

13 Vgl. Mark P. Sullivan, Cuba and the State Sponsors of Terrorism List, in: Congressional Research Service Report for Congress, May 12, 2005, 2: Der Irak wurde 1982 und nochmals 2004 (nachdem es 1990 wieder auf die Liste gesetzt worden war) von der Liste entfernt.

14 Libyen wurde offiziell am 30. Juni 2006 von der Terrorismus-Liste gestrichen.

15 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112.

16 Flatow v. Islamic Republic of Iran, 999 F. Supp. 1 (D.D.C. 1998).

17 Flatow v. Islamic Republic of Iran, 305 F.3d 1249 (D.C. Cir. 2002).

18 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112. 19 Vgl. David M. Herszenhorn, Out of a Father’s Grief, a Fight Against Terrorism, in: The New York Times, January 4, 1999, 2.

20 Vgl. Volker Epping, Der Staat im Völkerrecht, in: Knut Ipsen (Hrg.), Völkerrecht, 20045, § 26, Rn 9.

21 Vgl. BVerfGE 92, 277 (321f.).

22 Underhill v. Hernandez, 168 U.S. 250 (1897).

23 Vgl. *ibid.*

24 Vgl. Kai Ambos, Internationales Strafrecht. Strafanwendungsrecht – Völkerstrafrecht – Europäisches Strafrecht, 2006, § 7, Rn 106.

25 Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino, 376 U.S. 398, 427-428 (1964).

Rechtsgutachten

26 Vgl. Engle, *ibid.*, 507.

27 *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, *ibid.*, 423.

28 Vgl. Pei-Yun Hsu, Should Congress Repeal the Alien Tort Claims Act?, in: *SIULJ*, Vol. 28 (2004), 590.

29 Vgl. Epping, in: *ibid.*, § 26, Rn 18.

30 Vgl. Engle, *ibid.*, 507f.

31 *Luther v. Borden*, 48 U.S. 1 (1849).

32 Vgl. *Chae Chan Ping v. United States*, 130 U.S. 581 (1889).

33 Vgl. Hsu, *ibid.*, 590.

34 *Baker v. Carr*, 369 U.S. 217 (1962).

35 *Ibid.*

36 Vgl. *ibid.*, 212ff.

37 Vgl. *Tel-Oren v. Libyan Arab Republic*, *ibid.*, 824f.

38 Vgl. Hsu, *ibid.*, 591.

39 Vgl. Epping, in: *ibid.*, § 26, Rn 35.

40 Vgl. *Kadi é v. Karadži é*, *ibid.*, 249, bzw Engle, *ibid.*, 508.

41 Vgl. *Kadi é v. Karadži é*, *ibid.*, 247ff.

42 Vgl. Engle, *ibid.*, 509.

43 So zB *Hwang Geum Joo v. Japan*, 172 F. Supp. 2d 52 (D.D.C. 2001) und *In re Nazi Era Cases Against German Defendants Litigation*, 129 F. Supp. 2d 370 (D.N.J. 2001).

44 *Iwanowa et al. v. Ford Motor Co., et al.*, 67 F. Supp. 2d 424 (D.N.J. 1999).

45 Vgl. Michael J. O'Donnell, A Turn for the Worse: Foreign Relations, Corporate Human Rights Abuse and the Courts, in: *Bost.Coll.TWLJ*, Vol. 24 (2004), 229.

46 Vgl. *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 5.

Rechtsgutachten

47 Vgl. *ibid.*

48 Vgl. Hsu, *ibid.*, 586.

49 Vgl. Epping, Völkerrechtssubjekte, in: Ipsen, *ibid.*, § 4, Rn 1.

50 Vgl. Ambos, *ibid.*, § 5, Rn 1 und § 6, Rn 11.

51 Vgl. Gerd Seidel, Die Völkerrechtsordnung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: AVR Bd. 38 (2000) Heft 1, 23.

52 Vgl. Philipp A. Scarborough, Rules of Decision for Issues Arising Under the Alien Tort Statute, in: CLR, Vol. 107 (2007), 470.

53 42 U.S.C. § 1983 lautet: “Every person who, under color of any statute, ordinance, regulation, custom, or usage, of any State or Territory or the District of Columbia, subjects, or causes to be subjected, any citizen of the United States or other person within the jurisdiction thereof to the deprivation of any rights, privileges, or immunities secured by the Constitution and laws, shall be liable to the party injured in an action at law, suit in equity, or other proper proceeding for redress, except that in any action brought against a judicial officer for an act or omission taken in such officer’s judicial capacity, injunctive relief shall not be granted unless a declaratory decree was violated or declaratory relief was unavailable. [...]” enge Verbindung von Staat und Privaten stellt nicht den Regelfall dar, dass privates Handeln tatsächlich als staatliches Handeln erscheint.⁶⁰

54 Vgl. *Kadić v. Karadžić*, *ibid.*, 245 bzw *Salazar*, *ibid.*, 132.

55 *Polk County v. Dodson*, 454 U.S. 312 (1981).

56 Vgl. Mary Jean Wardell, Section 1983 – A Change in the Meaning of “Under Color of Law”: *Polk County v. Dodson*, in: *ArizLR* Vol. 25 (1983), 155.

57 Vgl. Hufbauer, /Mitrokostas, *ibid.*, 10.

58 So zB in *Johnson v. Rodrigues*, 293 F.3d 1196, 1202 (10th Cir. 2002); *Gallagher v. Neil Young Freedom Concert*, 49 F.3d 1442, 1447 (10th Cir. 1995); *Beanal v. Freeport-McMoran, Inc.*, 969 F. Supp. 376, 377 (E.D. La. 1997).

59 Vgl. *Johnson v. Rodrigues*, *ibid.*, 1203.

60 Vgl. Gaedtke, *ibid.*, 254.

61 *Beanal v. Freeport-McMoran, Inc.*, *ibid.*, 379 und vgl. *Salazar*, *ibid.*, 132.

Rechtsgutachten

62 Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., *ibid.*, 378 und vgl. Salazar, *ibid.*

63 Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., *ibid.*, 379 und vgl. Salazar, *ibid.*, 133.

64 Vgl. Gaedtke, *ibid.*, 254.

65 Vgl. Kadić v. Karadžić, 866 F. Supp. 744 (S.D.N.Y. 1994).

66 Vgl. Kadić v. Karadžić, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995). Vgl. auch David P. Kunstle, Kadic v. Karadzic: Do Private Individuals Have Enforceable Rights and Obligations under the Alien Tort Claims Act?, in: DJCIL Vol. 6 (1995), 319.

Legal Opinion

HUMAN RIGHTS DEFENDERS INC.

Association: Human Rights Defenders

CEO Giuliano S. Wildhaber

CH-9606 Bütschwil SG, Postfach 118

Legal Advisor

Tel.: +41 76 690 12 13

www.human-rights-defenders.com

Email: info@human-rights-defenders.com

Claims for damages in the USA due to the ATCA

In the causa:

Volksinitiative „City / Country“ - Blocking period and non-return clause

From 04.12.1988 (city / country initiative) and from 06.10.1989 (blocking period decision)

Read more in our separate legal opinion from 21.12.2016

Table of Contents

1. Initial situation	02
2. Definition of the ATCA	03
3. Historical context of the ATCA	03
4. Process requirements and admissibility of ATCA	04
5. Activititimation: Applicant on the basis of the ATCA	05
6. Passivlegitimation: States or private as a harmful person	06
7. Responsibilities: Politicians as State Powers	07
8. The substantive legal function of the ATCA	08
9. Conclusions	08
10. Results	08
11. Expert's opinion	09
12. Sources of evidence	11

Legal Opinion

Claims for damages in the USA due to the ATCA

In the causa:

Volksinitiative „City / Country“ - Blocking period and non-return clause

From 04.12.1988 (city / country initiative) and from 06.10.1989 (blocking period decision)

Read more in our separate legal opinion from 21.12.2016

1. Initial position

On December 4, 1988, the "City-Land Initiative Against Soil Speculation", which had been constructed from the socialist toolbox, failed to interfere with the regulations and prohibitive taxes in the residential and land market. This initiative was clearly rejected by 70% no votes, both by the people and by the states. On this occasion, many callers after the strong state were aware that they themselves belong to the profits of the relatively free trade, that they themselves have already furnished themselves comfortably and comfortably in their pretty houses, or that they live in anticipation of such an inheritance. For effective landowners, the rejection rate was 81-83% (see the "gsv study").

On October 6, 1889 (almost 9 months later), the Federal Council passed an urgent motion for the embargo on the exact same subject to 100% contrary to popular will. This was and still is, against according to the Swiss Federal Constitution, but abs. prohibited.

The Board of Human Rights Defenders Org. Has asked me to address the question of how the non-enforcement of this "city-country initiative against soil speculation" of 4 December 1988 on the urgent federal decision of 06.10.1989, with which well-minded 180 ° diametrically contrary to the result set by the elector of December 4, 1988. In particular, how this urgent federal decision of 06.10.1989 deals with the constitutional prohibition of non-use and the prohibition of arbitrary actions, and is compatible with the constitutional guarantee of property, freedom of trade and the principle of good faith.

For it would be forbidden for every homeowner to sell his own property overnight without a 5-year vesting period. Due to the Int. However, the effects of a statutory procedure prior to its adoption are prohibited.

In particular, the legal question is to clarify the extent to which a claim for damages in the USA is enforceable and i.e. enforceable under the ATCA ("aliens tort claim act").

Legal Opinion

2. Definition of ATCA

The US Alien Tort Statute (ATS), or the Alien Tort Claims Act (ATCA), states that claims based on US civil law are in the United States Courts can be negotiated and disputed, even if the parties are not of American nationality and the events which constitute the legal basis have not been held on US soil. However, this applies expressly only to violations of international law or to a state contract in which the USA is one of the contracting parties.

The original text is:

"The District Courts shall have jurisdiction over any civilian action committed by the United States or the United States."

"Only the federal district courts are to be responsible for the first instance of civil liability for a civilian offense by a foreigner in a damage caused by a violation of the law of nations or an agreement of the United States." The fact that neither place nor parties have a relationship with the USA, It is possible by the ATCA in theory to negotiate any civilian casualty in any country in the world in front of a US court, or to bring any civil action to a US court instead of a local court if a breach of international law or Against international treaties or is at least successfully constructed.

3. Historical context of the ATCA

1. First phase: 1780 - 1980

In the first two hundred years of its existence, it was argued that individuals could not be accused or accused of violations of international law, since international law was a matter which concerns only the states themselves.⁴¹ Consequently, it was only isolated Actions under the ATCA; In the period between 1789 and 1980 there were just 21 cases which were actually decided before the court.⁴²

2. Second phase: 1980 - 1996

This sparse appeal to the ATCA should be drastically reversed in the second phase of its development. After the "rediscovery" of the law in 1980, the case of *Filártiga v. Peña-Irala* came to a basic decision which had never been in the form of civilian law suits by foreign victims of human rights violations.⁴³

The *Filártiga* case was initially rejected by the Court of First Instance. According to a Carter administration, which demanded a treatment of the case on fears of foreign policy tensions⁴⁴,

Legal Opinion

a New York federal court issued the lawsuit against Paraguayan national Filártiga. The latter claimed that his countryman Peña-Irala, a former security officer, had tortured him in Paraguay. Finally, the defendant was found guilty and sentenced to \$ 10 million in damages

The importance of this decision lies in the fact that it represents a departure from the existing case - law, that

(1) the **human rights violation** committed by a state against its own nationals is not an internal matter; Further that:

2. **international law**, in certain cases, also directly entitles and obliges the individual; As well as that

3. certain **serious violations of human rights can be punished even in the US if the case concerned does not relate to the US.**⁴⁶

3. **Third phase: 1996 - today**

At the end of the 1990s, the case law on ATCA entered the last phase of its development. In 1996, a multinational or transnational company ('TNC') ⁶³ was sued for the first time on the basis of the ATCA with the Unocal (Union Oil Company of California) ⁶⁴ The plaintiffs argued that Unocal is building a pipeline in Burma (today's Myanmar) Military to carry out certain parts of the project. Some military units used extreme methods and either expelled parts of the population living there or forced them into compulsory labor - with the unactual consent of Unocal. The applicants argued that the company was also liable as a silent contributor to the acts of the military.⁶⁵

Similar collective suits were also brought in by former Nazi forced laborers against German and Austrian companies.⁶⁶ In recent years, these numerous lawsuits against TNCs have led to an attempt to convict the circle of offenses against the ATCA, particularly on environmental, women and labor law-related offenses To expand.

These complaints have not been successful so far, because the offenses in question could not be attributed to international customary law.⁶⁷ = Untrusted international law, which becomes by practice, with the conviction of the legal binding force of the norm.

4. **Process requirements and admissibility of the ATCA**

The plaintiff, who wants to rely on the ATCA to enforce his rights, is faced with a number of obstacles to both international law and US law until he is admitted to court at all. These hurdles arise mainly from the ongoing interpretation of US law in the context of international

Legal Opinion

principles.¹ The next points are intended to provide an overview of the procedural questions to be clarified in order to be successful with an ATCA complaint.

5. Active legitimation: Plaintiff based on the ATCA

Because of its cryptic brevity and the almost two-hundred-year-long "resting" of the ATCA, the question must first be raised as to who can be considered as a plaintiff according to this norm at all. According to the exact wording of the law, the courts of a case take action when it is a question of "any civil action by an alien for a tort only".

In principle, however, the substantive issue of materialization, that is to say the question whether the alleged claim is actually due to the defendant against the defendant, is irrelevant to the procedural law and thus to the plaintiff's position .

If the claim against the defendant is not attributable to the plaintiff, but to another person, this is referred to as a lack of active legitimation; If the applicant has a claim, but not against the defendant, but against someone else, there is a lack of passive legitimation. If the judge concludes that one of the parties to the claim is not legitimized, the action is dismissed as unfounded

Nevertheless, the applicant must fulfill certain conditions in his person in order to be admitted to the court by his action. The main feature of the plaintiff is that he is not a US citizen but an "alien" or "foreigner" ³, as is expressly stated in the grammatical and teleological interpretation of the ATCA, ³ which consequently means that ATCA complaints are always "**wrongs committed [...] against foreigners**" ⁴. United States citizens can not rely on this standard⁵ - in contrast to the TVPA, which also gives US citizens a legal possibility.

It is also apparent from the wording of the act that plaintiffs can only bring civil actions against possible injuries on the basis of claims for **damages ("civil actions [...] for a tort only")** and that no prosecution is carried out under national law or international law. **Accordingly, the US Federal Civil Procedure Procedure (FRCP).**

In summary, as already explained in Chapter 05, one can start from a valid active legitimation if "(1) a foreigner (alien) sues (2) for any tort (3). However, since the decision in the Filártiga case, critical voices have pointed to the limited scope of the action which is available only to the small group of victims who are able to identify and also to sue their victims, if they are not protected by their immunity And at the same time be legally capable of violating international law as can be inferred from the largely non-existent literature on this point, jurisprudence and doctrine in the person of the plaintiff and thus the active legitimation do not in principle present any major difficulties - perhaps also because the victims in ATCA cases are actually more easily and legally identifiable Are as those actors who have committed the unlawful deed and are passively legitimated in a possible process.

Legal Opinion

6. Passive Legitimation: States or Private as Harmful

A) "State Actor" cases

Within this first category, so-called "state actors", ie, foreign governments, government officials, or states themselves, have sued because a violation of these actors has violated international law.⁹

One of the first complaints under the aforementioned provisions of the FSIA and the AEDPA was the lawyer Stephen Flatow against Iran, whom he blamed for the death of his daughter in Israel by a suicide bomber, because the country assassin allegedly provided weapons.

In 1998, the Court of First Instance¹⁶ granted Flatow 250 million dollars in damages, but the second instance¹⁷ decided that Flatow could not access Iranian assets confiscated in connection with the Tehran hostages in 1979.¹⁸ The reason for this was an intervention by the Clinton administration by the Iranian authorities State Department to avoid further tightening of tensions with Iran

In addition to the hurdles of the FSIA, state actors denounced two other theories to prevent complaints against them, the Act of State and the Political Question doctrine.

B) The "Act of State" doctrine

The principle of the sovereign equality of states codified in Art. 2 (1) of the Charter was already developed in the Anglo-American legal practice within the framework of the so-called "act of state" doctrine. Thus, according to international law, there can be no sovereign authority among equated states, and no state may presume to sit on the sovereignty of another state (*par in parem non habet imperium*)

Consequently, plaintiffs who turn to US courts should note that these courts will apply the "act of state" doctrine, "to preclude [...] of the courts of [the United States] from inquiring into the validity of"²⁵ Historically, the doctrine thus serves the purpose of avoiding international tensions and is, thus, certainly an "appeal" which is entirely subject to the discretion of the authorities.²⁶ The argumentation of the executive is that a court sentence, which condemns the action of a foreign government, "may hinder rather than further this country's pursuit of goals." However, an intervention of the executive in the area of the judiciary to avoid confrontations with other states is seen as very serious for an effective division of powers.

If the court in question examines whether the doctrine is actually applied, then it should also examine whether the foreign sovereign has also acted in the general interest of his home country because mere economic activities are less likely to be subsumed under the Act of State doctrine Are considered a sovereign act.

Legal Opinion

State practice recognizes the extent of state immunity only in a factually limited framework, distinguishing between foreign acts of law ("acta iure imperii") and the non-state (ie, economic) action of a foreign state ("acta iure gestionis"). 29

This makes it clear that the doctrine can not be a shield for illegal activities. An act of an official or politician who violates the legal system of his home country (with regard to the Federal Constitution) or international law (eg the property rights, etc.) is not an act of state,

A) either a priori, because the action per se is illegal (in casu 100% diametrically against the sovereign, namely the Swiss people in the national decision NO of 4.12.1988);

B) or a fortiori, interpreting the act of state doctrine as an unrestricted outgrowth of international agreement

C) The "Political Question" doctrine

This doctrine has been part of US law since the decision in the case of *Luther v. Borden*, 31 and thus represents another procedural obstacle of ATCA plaintiffs on their way to a judicial decision. A "political question" usually results If an action threatens to affect the actions and areas of activity of the other powers, 32 whereupon the court seised must decide whether the authorities concerned (Switzerland) have acted within the framework of their constitutional competences.

If this is the case, then the court is not empowered to review the factual facts underlying the act of the respective state authority.³³ The use of the "political question" doctrine in human rights violations is becoming more and more common.

7. Responsibilities: Politician as a damaging of the state

"Private actor" cases: Individuals as malware in their functions as e.g. Politician. As stated in the previous section, the procedural hurdles resulting from the "act of state" and "political question" doctrine are difficult obstacles to overcome. Consequently, the applicants have mainly applied their actions based on the ATCA to "private actors", ie individuals and transnational companies (TNCs)

In the case of *Polk County v. Dodson* 55, the Supreme Court has established that if a person acted for or in his or her place, that person certainly had a state function, which means that his actions are now acting as acts of the state "Undercolor of law"

The result of this theory is that private actors as well as state actors (politicians) can be held accountable. In juridical terminology, they are thus "joint actors" of the state and liable for acts which normally require a connection to a "state action" in order to fulfill the requirements of an ATCA action.⁵⁷

Legal Opinion

8. Material-legal function of the ATCA

The second is a "cause of action," ie, a substantive function of the ATCA, which is given when (1) a foreigner, that is, non-US citizen, (2) complains because of a damage (3) a violation of international law Respectively. 32

In the Filártiga judgment, an example of a substantive legal basis can be found, for example. The general ban on torture: "In light of the universal condemnation of torture, in numerous international agreements, and the renunciation of torture as an instrument of official policy Committed by a state official against one held in detention violates established norms of the international law of human rights, and hence the law of nations. "33

9. Conclusions

In the sense of international law, every state is required to "not usurpate" any jurisdiction for disputes which are not related to the respective state - but this is precisely what allows the ATCA.¹³ Thus the breach of the principle "actor sequitur forum rei" Essential element of American responsibility.

10. Results

In addition, this allocation of responsibility is important, irrespective of possible international law problems, because the entire jurisdiction of the USA is divided between the jurisdiction of the federal government (the so-called federal judicial power under Art III of the Constitution) and the jurisdiction of the individual federal states. According to its clear wording, the ATCA clearly falls within the jurisdiction of the Federal Courts, which constitute a complete independent court and are not superior to the national courts as judicial bodies

It is clear from the wording of the ATCA Act that plaintiffs are only entitled to bring civil action actions against possible injuries on the basis of claims for damages ("civil actions [...] for a tort only") and have not carried out any criminal prosecution under national law or international law becomes.

This could lead to a breach of constitutional law of 6 October 1989 and the "political judgment of injustice" versus the "merchant X" (see legal remarks), but only in respect of claims for damages and not criminal law.

The injured parties of the Decree of 6 October 1989 (a constitutional break) and Kaufmann X "belong to the small circle, which are still able to clearly identify their injuries and the

Legal Opinion

damaging momentum and thus also to sue, because the files are also after 27 years still open to the public (Decree of 06.10.1989) and the statute of limitations was terminated legally at the end of 2016 by means of an action of more than 300 M \$.

According to ATCA jurisprudence and doctrine, it is clear from the applicants in casu that a valid active legitimation. "(1) a foreigner (alien) sues (2) for any tort (3) is committed in the case of international law

If the court in question tests whether the "Act of State" doctrine is actually applied, then it will also need to examine whether the foreign sovereign (in Switzerland effectively the people) has acted in the general interest of his home country. What can be denied. A completely contradictory decree and against any economic logic (see an additionally provoked market shortage of the "commodity" property).

11. Expert's opinion

From a historical point of view, this lonely decision (from 06.10.1989) against the Volkswillen (04.12.1988) was devastating for the entire Swiss national economy. And against any economic logic. For no artificial shortage of the "commodity" property, the industry stood practically for ten years, but only the expansion of the housing supply, so build and the best would have solved the problem per se within a very short time.

There would have been a leap, and certainly not a whole Swiss economy would be pushed against the wall by means of entirely foreign and constitutional and constitutional decrees. The figures & facts are unfortunately 100% and the liquid, as all information is publicly available.

This makes it clear that the doctrine can not be a shield for illegal activities. An act of an official or politician (Decree of 6 October 1998) which violates the legal order of his home country or international law (the clear popular will of 4 December 1988) is not an act of state statement **A classic "cold expropriation" took place on October 6th, 1989 (exclusion period) through the "back door" (see the 100% negation of the Volkswillen in the "Stadt / Land Initiative" (04.12.1988), and only 9 Months after).**

In the results, however, the same as in the case of expropriations by the "Nazi regime" " and also the DDR Communists" only a lot more elegant, in typical Swiss way.

Assuming that tomorrow, January 1, 2017, a similar decree "over night" and "retroactive" in Berne would be issued and parallel to increase the mortgage rate to 8.50%, then we would be exactly the same as in the year 1989. The "whole" Switzerland Would then go a second time bankrupt.

Legal Opinion

This is, and was, effectively predictable (simple, pure logic), which proves that the expropriation of half Switzerland was not the speculation (the official "casus belli"), but in a typically Swiss manner (very subtle). What then succeeded.

The victims of this anti-constitutional and constitutional policy, which now complain, are, according to the Art. 59 GG i.V.m. The first Additional Protocol, and the Swiss Federal Constitution, Art. 146, to the full extent and generously.

This has been retroactive to the last 27 years. The loss of status and quality of life for such a long life, which is more than half the average working life, together with a de facto ban on the occupation of people in the construction and real estate sector, clearly indicates a generous compensation.

I therefore strongly recommend the injured parties, i.e. the victims, from who had interrupted the statute of limitations by 31.12.2016 (deadline) (by means of an action) to put a claim in the US urgently under the legal title "Aliens Tort Claim Act".

CH-9606 Bütschwil SG, December 31, 2016

Human Rights Defenders Inc

Giuliano S. Wildhaber (Legal Advsiors)

Legal Opinion

12. Sources of evidence:

A Buchauszug - <http://www.grin.com/de/e-book/137794/der-us-alien-tort-claims-act-im-system-voelkerrechtlicher-rechtsdurchsetzung>

B ATCA – Deutsch - https://de.wikipedia.org/wiki/Alien_Tort_Claims_Act

C ATAC – English - https://en.wikipedia.org/wiki/Alien_Tort_Statute

D Völkergewohnheitsrecht - <https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerrecht>

1 Anne-Marie Slaughter/David Bosco, Plaintiff's Diplomacy, in: Foreign Affairs Vol. 79 (2000) No. 5, 102.

2 Vgl. Claudia T. Salazar, Applying International Human Rights Norms in the United States: Holding Multinational Corporations Accountable in the United States for International Human Rights Violations under the Alien Tort Claims Act, in: JLC, Vol. 19, 1 (2004), 111.

1 Vgl. Wallace Mendelson, The Judiciary Act of 1789: The formal origin of federal judicial review, in: AJS Judicature 76 (1992), 133.

2 Vgl. C. Warren, New Light on the History of the Federal Judicial Act of 1789, in: HLR 37 (1923), 49.

3 1 Stat. 73, kodifiziert in 28 U.S.C.

4 Vgl. Karen O'Connor/Larry J. Sabato, American Government. Continuity and Change, 2008, 353.

5 Vgl. William H. Rehnquist, The Supreme Court, 2002 (Revised and Updated), 8. Heute wird der U.S. Supreme Court von neun Richtern gebildet.

6 Vgl. William E. Nelson, Marbury v. Madison, The Origins and Legacy of Judicial Review, 2000, 56.

7 28 U.S.C. § 1350.

8 So zB im Supreme Court -Urteil *Sosa v. Alvarez-Machain*, 542 U.S. 692 (2004).

9 Vgl. William R. Casto, The Federal Courts' Protective Jurisdiction over Torts Committed in Violation of the Law of Nations, in: ConnLR Vol. 18 (1986), 467 und auch ausführlicher die erste Phase der Entwicklung der ATCA-Rechtsprechung in Kapitel A.III.1.

Legal Opinion

10 Vgl. Gary Clyde Hufbauer/ Nicholas K. Mitrokostas, *Awakening Monster: The Alien Tort Statute of 1789*, *Policy Analyses in International Economics*, Vol. 70 (2003), 3.

11 Vgl. Peter Little, *What are the Consequences of the Alien Tort Claims Act (US) on Mining and Petroleum Corporations operating in Third World States in the Asian Pacific Region?*, in: *ARELJ* Vol. 22 (2003), 211.

12 Die Annahme, dass der ATCA explizit materiell-rechtliche Anspruchsgrundlagen enthält, ist strittig. Vgl. dazu vor allem Kapitel C.

13 Vgl. Rolf A. Schütze, *Ausgewählte Probleme des internationalen Zivilprozessrechts*, 2006, 28.

14 Vgl. zB Walter H. Rechberger/Daphne-Ariane Simotta, *Zivilprozessrecht*, 20036, Rn. 109: „Beim allgemeinen Gerichtsstand des Beklagten [...], der sich bei physischen Personen nach deren Wohnsitz bzw gewöhnlichen Aufenthalt richtet [...], können im Zweifel alle Klagen anhängig gemacht werden, für die es keinen ausschließlichen Gerichtsstand gibt (actor sequitur forum rei).“

15 Art 14 Code Civil: „L'étranger, meme non residant en France, pourra être cité devant les tribunaux français, pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être traduit devant les tribunaux de France, pour les obligations par lui contractées en pays étranger envers des Français.“

16 Vgl. Rolf A. Schütze, *Die Allzuständigkeit amerikanischer Gerichte*, in: *SJGB* 173 (2003), 19.

17 Vgl. Peter Hay, *US-Amerikanisches Recht*, 20022, Rn 105.

18 Vgl. Curtis A. Bradley, *Customary International Law and Private Rights of Action*, in: *CJIL* Vol. 1 (2000) No. 2, 422.

19 *Forti v. Suarez Mason* (“Forti I”), 672 F. Supp. 1531, 1540 (N.D. Cal. 1987). Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 77.

20 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 8.

21 Vgl. Theo Öhlinger, *Verfassungsrecht*, 20035, Rn. 275.

22 *Tel-Oren v. Libyan Arab Republic*, 726 F.2d 774 (D.C. Cir. 1984).

23 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 3.

Legal Opinion

24 Vgl. John R. Bolton, Is There Really “Law” in International Affairs?, in: TLCP 10 (2000), 6f.

25 Vgl. Claudia Hailer, Die US-amerikanische Human Rights Litigation nach der Entscheidung des Supreme Court im Fall Sosa v. Alvarez-Machain, in: AVR Bd. 44 (2006), 77, Fn 8.

26 Vgl. David Sloss, The Domestication of International Human Rights: Non-self-executing Declaration and Human Rights Treaties, in: YJIL Vol. 24 (1999), 129.

27 *Filártiga v. Peña-Irala*, 630 F. 2d 876 (2d Cir. 1980).

28 So Richter Robert H. Bork in *Tel-Oren v. Libyan Arab Republic*, *ibid.*, 811. Vgl. auch *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 3.

29 Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 77.

30 Vgl. *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 4.

31 John F. Murphy, *The United States and the Rule of Law in International Affairs*, 2004, 99.

32 Vgl. *Hufbauer/Mitrokostas*, *ibid.*, 4.

33 *Filártiga v. Peña-Irala*, *ibid.*

34 Vgl. *Xuncax v. Gramajo*, 886 F.Supp. 183 (D. Mass. 1995).

35 Vgl. Jordan J. Paust, *The History, Nature and Reach of the Alien Tort Claims Act*, in: *FJIL* Vol. 16, (2004) No. 2, 249.

36 Vgl. David A. Carson, *The Role of Congress in the Acquisition of the Louisiana Territory*, in: *Louisiana History* Vol. 26 (1985) No. 4, 369f.

37 Vgl. Anthony D’Amato, *The Alien Tort Statute and the Founding of the Constitution*, in: *AJIL* Vol. 82 (1998), 64.

38 Alexander Hamilton, *The Federalist* No. 80, 1788.

39 Vgl. *Hailer*, *ibid.*, 79.

40 Vgl. Marcus Rau, *Domestic Adjudication of International Human Rights Abuses and the Doctrine of Forum Non Conveniens. The Decision of the U.S. Court of Appeals for the Second Circuit in Ken Wiwa v. Royal Dutch Petroleum Company*, in: *ZaöRV* 61 (2001), 179.

Legal Opinion

41 Vgl. Slaughter / Bosco, *ibid.*, 104.

42 Vgl. Kenneth C. Randall, Federal Jurisdiction over International Law Claims: Inquiries into the Alien Tort Claims Statute, in: New York Univ. JILP Vol. 18 (1985), 15f.

43 Vgl. J. Romesh Weeramantry, Time limitation under the United States Alien Tort Claims Act, in: RICR/IRRC Vol. 85, (2003) No. 851, 629.

44 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 104.

45 Vgl. Jens-Christian Gaedtke, Der US-amerikanische Alien Tort Claims Act und der Fall Doe v. Unocal: Auf dem Weg zu einer Haftung transnationaler Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen?, in: AVR Bd. 42 (2004), 242.

46 Vgl. Hailer, *ibid.*, 79f.

47 Die wichtigsten Fälle, die in der Zeit unmittelbar nach *Filártiga v. Peña-Irala* entschieden wurden, waren vor allem: *Abebe-Jira v. Negewo*, 72 F.3d 844 (11th Cir. 1996); *Kadi é v. Karadži é*, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995); *Xuncax v. Gramajo*, 886 F. Supp. 162 (D. Mass. 1995).

48 Vgl. Hailer, *ibid.*, 80, Fn 20.

49 Vgl. *Presbyterian Church of Sudan v. Talisman Energy, Inc.*, 244 F.Supp. 2d 289 (S.D.N.Y. 2003).

50 Vgl. *Xuncax v. Gramajo*, 886 F. Supp. 162 (D. Mass. 1995).

51 Vgl. *Kadi é v. Karadži é*, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995).

52 Vgl. *Sosa v. Alvarez-Machain*, 542 U.S. 692 (2004).

53 Vgl. *Sinaltrainal v. Coca-Cola Co.*, 256 F.Supp.2d 1345 (S.D. Fla. 2001) und *Carmichael v. United Technologies Corp.*, 835 F.2d 109 (5th Cir. 1988).

54 Vgl. *Villeda v. Fresh Del Monte Produce, Inc.*, 416 F.3d 1242 (11th Cir. 2001).

55 Vgl. *Doe v. Unocal Corp.*, 110 F. Supp. 1294 (C.D. Cal. 2000).

56 Vgl. *Arias et. al. v. DynCorp.*, No. 1-01908 (D.D.C. 2001).

57 Vgl. *Abdullahi v. Pfizer, Inc.*, U.S. Dist. LEXIS 17436 (S.D.N.Y. 2002).

58 28 U.S.C. §§ 1602–1611.

Legal Opinion

59 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112, und die Erläuterung der prozessualen Voraussetzungen in Kapitel B.II.1.

60 Kodifiziert als Anmerkung zum ATCA in 28 U.S.C. § 1350.

61 Vgl. Weeramantry, *ibid.*, 630.

62 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 11: Das Gericht hat diese Annahme in *Deutsch v. Turner Corp.*, 317 F.3d 1005 (9th Cir. 2003) bestätigt.

63 Für eine genaue Definition und Begriffsbestimmung vgl. Kapitel B.II.3.

64 Vgl. *Doe v. Unocal Corp.*, 110 F. Supp. 2d 1294 (C.D. Cal. 2000).

65 Vgl. Ronen Shamir, *Between Self-Regulation and the Alien Tort Claims Act: On the Contested Concept of Corporate Social Responsibility*, in: LSR Vol. 38, (2004) No. 4, 639. Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Kapitel C.IV.

66 Vgl. vor allem die Fälle *Iwanowa v. Ford Motor Company*, 67 F. Supp. 2d 424 (D.N.J. 1999); *Burger-Fischer v. Degussa*, 57 F. Supp. 2d 248 (D.N.J. 1999); *In re Austrian and German Bank Holocaust Litigation*, WL 228107 (S.D.N.Y. 2001).

67 Vgl. Hailer, *ibid.*, 81.: Im Fall *Beanal v. Freeport-McMoRan*, 969 F. Supp. 363 (E.D. La. 1997) wurde festgestellt, dass Umweltverschmutzung kein Delikt des „kulturellen“ Genozids ist; *Doe v. The Gap*, CV-01-0031-919 (2001), stellte klar, dass das Verbot der geschlechtsspezifischen Gewalt nicht Teil des Völkergewohnheitsrechts ist; nach *Tachiona v. Mugabe*, 169 F. Supp. 2d 259, 310 (S.D.N.Y. 2001) ist das Recht auf Vereinigungsfreiheit kein Teil des Völkergewohnheitsrechts.

1 Vgl. Eric Engle, *The Torture Victim's Protection Act, the Alien Tort Claims Act, and Foucault's Archaeology of Knowledge*, in: *AlbLR* Vol. 67 (2003), 504.

2 Vgl. Rechberger/Simotta, *ibid.*, Rn 161.

3 Vgl. 8 U.S.C. § 1101 (a)(3): „The term ‘alien’ means any person not a citizen or a national of the United States.” Vgl. auch Helen Keller, *Rezeption des Völkerrechts*, 2003, 400.

4 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 3.

5 Vgl. Engle, *ibid.*, 503.

6 Die FRCP wurden zuletzt mit 1. Dezember 2007 novelliert.

7 Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 4.

Legal Opinion

8 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 106.

9 Vgl. Salazar, *ibid.*, 130 und Keller, *ibid.*, 401.

10 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 5.

11 Pub. L. No. 104-132, 110 Stat. 1214.

12 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 5, Fn 4. Diese Liste der “state sponsors of terrorism” findet man in Sect 6 (j) des Export Administration Act von 1979 in der jeweils gültigen Fassung (P.L. 96-72; 50 U.S.C. app. 2405 (j)).

13 Vgl. Mark P. Sullivan, Cuba and the State Sponsors of Terrorism List, in: Congressional Research Service Report for Congress, May 12, 2005, 2: Der Irak wurde 1982 und nochmals 2004 (nachdem es 1990 wieder auf die Liste gesetzt worden war) von der Liste entfernt.

14 Libyen wurde offiziell am 30. Juni 2006 von der Terrorismus-Liste gestrichen.

15 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112.

16 *Flatow v. Islamic Republic of Iran*, 999 F. Supp. 1 (D.D.C. 1998).

17 *Flatow v. Islamic Republic of Iran*, 305 F.3d 1249 (D.C. Cir. 2002).

18 Vgl. Slaughter/Bosco, *ibid.*, 112. 19 Vgl. David M. Herszenhorn, Out of a Father’s Grief, a Fight Against Terrorism, in: *The New York Times*, January 4, 1999, 2.

20 Vgl. Volker Epping, Der Staat im Völkerrecht, in: Knut Ipsen (Hrg.), *Völkerrecht*, 20045, § 26, Rn 9.

21 Vgl. BVerfGE 92, 277 (321f.).

22 *Underhill v. Hernandez*, 168 U.S. 250 (1897).

23 Vgl. *ibid.*

24 Vgl. Kai Ambos, *Internationales Strafrecht. Strafanwendungsrecht – Völkerstrafrecht – Europäisches Strafrecht*, 2006, § 7, Rn 106.

25 *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, 376 U.S. 398, 427-428 (1964).

26 Vgl. Engle, *ibid.*, 507.

27 *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, *ibid.*, 423.

Legal Opinion

28 Vgl. Pei-Yun Hsu, Should Congress Repeal the Alien Tort Claims Act?, in: SIULJ, Vol. 28 (2004), 590.

29 Vgl. Epping, in: *ibid.*, § 26, Rn 18.

30 Vgl. Engle, *ibid.*, 507f.

31 Luther v. Borden, 48 U.S. 1 (1849).

32 Vgl. Chae Chan Ping v. United States, 130 U.S. 581 (1889).

33 Vgl. Hsu, *ibid.*, 590.

34 Baker v. Carr, 369 U.S. 217 (1962).

35 *Ibid.*

36 Vgl. *ibid.*, 212ff.

37 Vgl. Tel-Oren v. Libyan Arab Republic, *ibid.*, 824f.

38 Vgl. Hsu, *ibid.*, 591.

39 Vgl. Epping, in: *ibid.*, § 26, Rn 35.

40 Vgl. Kadi ć v. Karadžić, *ibid.*, 249, bzw Engle, *ibid.*, 508.

41 Vgl. Kadi ć v. Karadžić, *ibid.*, 247ff.

42 Vgl. Engle, *ibid.*, 509.

43 So zB Hwang Geum Joo v. Japan, 172 F. Supp. 2d 52 (D.D.C. 2001) und In re Nazi Era Cases Against German Defendants Litigation, 129 F. Supp. 2d 370 (D.N.J. 2001).

44 Iwanowa et al. v. Ford Motor Co., et al., 67 F. Supp. 2d 424 (D.N.J. 1999).

45 Vgl. Michael J. O'Donnell, A Turn for the Worse: Foreign Relations, Corporate Human Rights Abuse and the Courts, in: Bost.Coll.TWLJ, Vol. 24 (2004), 229.

46 Vgl. Hufbauer/Mitrokostas, *ibid.*, 5.

47 Vgl. *ibid.*

48 Vgl. Hsu, *ibid.*, 586.

Legal Opinion

49 Vgl. Epping, Völkerrechtssubjekte, in: Ipsen, *ibid.*, § 4, Rn 1.

50 Vgl. Ambos, *ibid.*, § 5, Rn 1 und § 6, Rn 11.

51 Vgl. Gerd Seidel, Die Völkerrechtsordnung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: AVR Bd. 38 (2000) Heft 1, 23.

52 Vgl. Philipp A. Scarborough, Rules of Decision for Issues Arising Under the Alien Tort Statute, in: CLR, Vol. 107 (2007), 470.

53 42 U.S.C. § 1983 lautet: “Every person who, under color of any statute, ordinance, regulation, custom, or usage, of any State or Territory or the District of Columbia, subjects, or causes to be subjected, any citizen of the United States or other person within the jurisdiction thereof to the deprivation of any rights, privileges, or immunities secured by the Constitution and laws, shall be liable to the party injured in an action at law, suit in equity, or other proper proceeding for redress, except that in any action brought against a judicial officer for an act or omission taken in such officer’s judicial capacity, injunctive relief shall not be granted unless a declaratory decree was violated or declaratory relief was unavailable. [...]” enge Verbindung von Staat und Privaten stellt nicht den Regelfall dar, dass privates Handeln tatsächlich als staatliches Handeln erscheint.⁶⁰

54 Vgl. Kadić v. Karadžić, *ibid.*, 245 bzw Salazar, *ibid.*, 132.

55 Polk County v. Dodson, 454 U.S. 312 (1981).

56 Vgl. Mary Jean Wardell, Section 1983 – A Change in the Meaning of “Under Color of Law”: Polk County v. Dodson, in: ArizLR Vol. 25 (1983), 155.

57 Vgl. Hufbauer, /Mitrokostas, *ibid.*, 10.

58 So zB in Johnson v. Rodrigues, 293 F.3d 1196, 1202 (10th Cir. 2002); Gallagher v. Neil Young Freedom Concert, 49 F.3d 1442, 1447 (10th Cir. 1995); Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., 969 F. Supp. 376, 377 (E.D. La. 1997).

59 Vgl. Johnson v. Rodrigues, *ibid.*, 1203.

60 Vgl. Gaedtke, *ibid.*, 254.

61 Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., *ibid.*, 379 und vgl. Salazar, *ibid.*, 132.

62 Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., *ibid.*, 378 und vgl. Salazar, *ibid.*

63 Beanal v. Freeport-McMoran, Inc., *ibid.*, 379 und vgl. Salazar, *ibid.*, 133.

Legal Opinion

64 Vgl. Gaedtke, *ibid.*, 254.

65 Vgl. *Kadić v. Karadžić*, 866 F. Supp. 744 (S.D.N.Y. 1994).

66 Vgl. *Kadić v. Karadžić*, 70 F.3d 232 (2d Cir. 1995). Vgl. auch David P. Kunstle, *Kadic v. Karadzic: Do Private Individuals Have Enforceable Rights and Obligations under the Alien Tort Claims Act?*, in: *DJCIL* Vol. 6 (1995), 319.